

# Neuer Weg

MONATSSCHRIFT FÜR AKTUELLE FRAGEN DER ARBEITERSBEWEGUNG

HERAUSGEGEBEN VOM PARTEI VORSTAND DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS

REDAKTION: BERLIN NS4, LOTHINGER STR. 1, ZENTRALHAUS DER EINHEIT

NOVEMBER 1946 HEFT 8

WILHELM PIECK

## lensere JOartei naek den Mahlen

Nach den sachlich scharfen Auseinandersetzungen der Parteien in den hinter uns liegenden Wahlkämpfen und den Entscheidungen der Wähler beginnt jetzt die mühevolltägliche Arbeit in den gewählten Gemeinde- und Kreisvertretungen sowie Landesparlamenten. Es geht um den Neuaufbau der Wirtschaft, vor allem um die Milderung und Behebung des allgemeinen Notstandes unseres Volkes. Dazu ist die Entfaltung der demokratischen Selbstverwaltung und die Ausrottung des Faschismus und Militarismus die dringendste Notwendigkeit. Nur so können auch die Einheit und die friedliche Entwicklung Deutschlands gesichert werden. Die Größe dieser Aufgaben erfordert das engste Zusammenwirken der antifaschistisch-demokratischen Parteien. Unserer Partei obliegt dabei die große Verpflichtung, auf allen diesen Gebieten die Initiative zu ergreifen und die Parlamentsarbeit mit dem ständigen Kampf des werktätigen Volkes für die Durchführung dieser Aufgaben zu verbinden.

Für die Aufgabenstellung und die Orientierung unserer Arbeit haben wir in der letzten Zeit wertvolle Hinweise erhalten. In seinem Interview mit dem Präsidenten der „United Press“<sup>44</sup> erklärte Generalissimus Stalin, daß die Wahlen im Sommer und Herbst in den verschiedenen Zonen Deutschlands noch keinerlei Gewißheit für die demokratische und friedliche Entwicklung in Deutschland geben. Zweifellos wird mit dieser Einschätzung auf den Einfluß verwiesen, den die nazistische und militaristische Ideologie noch auf große Teile unseres Volkes ausübt und dazu angedeutet, daß eine konsequente Beseitigung der nazistischen und militaristischen Elemente aus dem wirtschaftlichen und politischen Leben noch keineswegs durchgeführt und in Teilgebieten Deutschlands nicht einmal in Angriff genommen worden ist.

Der stellvertretende Militärgouverneur der amerikanischen Zone, General Clay, hat in einer scharfen Stellungnahme gegen die Entnazifizierungspolitik der bayerischen Regierung wörtlich erklärt, „daß das Entnazifizierungsverfahren eher dazu benutzt wird, so viel Leute wie irgend möglich in ihre alten Stellungen zurückzubringen, als die Schuldigen zu finden und zu bestrafen“<sup>44</sup>. Die Verantwortung dafür trägt das Mitglied der CSU, Dr. Pfeiffer, der auf Grund dieser Kritik dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der SPD, Dr. Hoegel-

ner, sein Rücktrittsgesuch einreichte, das aber von Hoegel-

Aber nicht nur in Bayern, sondern auch in den übrigen Gebieten der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszonen erfreuen sich die Faschisten und Militaristen einer sehr wohlwollenden Behandlung und sitzen sie an sehr verantwortlichen Stellen in der Wirtschaft und Verwaltung. So sah sich der sozialdemokratische Parteivorstand in der britischen Besatzungszone mit Dr. Schumacher an der Spitze zu der Erklärung genötigt, daß die alten Kräfte, die Deutschland in diese katastrophale Lage geführt haben, in allen verantwortlichen Stellen der Wirtschaft und der Verwaltung sitzen und alle maßgeblichen Funktionen in der Verwaltung der beiden Zonen von kapitalistischen Interessenvertretern besetzt sind. Der Parteivorstand müsse es deshalb ablehnen, die Verantwortung für die weitere Entwicklung zu tragen. Zur Ablenkung von dem Entnazifizierungsskandal, wie er sich jetzt mit besonderer Schärfe in Bayern enthüllte, greifen manche westlichen Politiker zu dem altbewährten reaktionären Mittel der Verleumdung, indem sie behaupten, daß auch in der sowjetischen Besatzungszone aktive Nazis in führenden Stellungen säßen. Im übrigen versuchen sie, die Belassung solcher Elemente auf den verantwortlichen Positionen mit dem Hinweis zu rechtfertigen, daß sie als Fachleute unersetzbar seien. Wir müssen damit rechnen, daß in der nächsten Zeit auch in der sowjetischen Zone derartige Versuche, ehemalige aktive Nazis und Militaristen als sogenannte „qualifizierte Fachleute“<sup>44</sup> in verantwortliche Stellungen zu bringen, unternommen werden. Es bedarf der größten Wachsamkeit, aller ehrlichen antifaschistisch-demokratischen Kräfte, derartige Versuche energisch zurückzuweisen.

Andererseits müssen wir aber bestrebt sein, eine ständige Verbesserung der Arbeit unserer Selbstverwaltungsorgane herbeizuführen und dafür auch die geeigneten Kräfte ausfindig zu machen und zu erziehen. Alle Beschwerden, Wünsche und Anregungen der Bevölkerung müssen von den gewählten Körperschaften der Gemeinden, Kreise und Länder sehr aufmerksam überprüft und, soweit sie sachlich begründet und durchführbar sind, müssen die entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden. Es ist die Pflicht der